Nr. 189 XXVIII. Jahrgang — Sonnabend, 31. Juli 1920

Dresdner Neueste Nachrichten

Unabhängige Tageszeitung
mit Handels- und Industrie-Zeitung

Anzeigenpreise: Grundzeile, 32 mm breit, M. 2.–, für das Ausland M. 10.–. Reklamezeile, 81 mm breit, M. 6.–, mit Platzvorschrift M. 7.–, für das Ausland M. 20.–. Bei Ziffern- oder Kunstsatz 10 v. H. Preiserhöhung. Briefgebühr für Buchstabenanzeigen 20 Pf. Preisermäßigung laut Tarif. Für Einschaltung an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen.

Bezugspreise: Bei freier Zustellung ins Haus durch Boten monatlich M. 5.75, vierteljährlich M. 17.25. Postbezug in Deutschland: Monatlich M. 5.25 ohne Zustellgebühr. Postbezug im Ausland laut Einteilung in den Postlisten. Kreuzbandsendungen im Inlande wöchentlich M. 2.20, nach dem Auslande wöchentlich M. 4.50. Einzelnummer 30 Pf.

Redaktion, Verlag und Hauptgeschäftsstelle Dresden-A., Ferdinandstraße 4. • Fernsprechnummern: 13528, 13638, 13897 und 17109. • Postscheckkonto: Leipzig Nr. 2060

Nichtverlangte Einsendungen (ohne Rückporto) werden weder zurückgesandt noch aufbewahrt. — Im Falle höherer Gewalt, Betriebsstörung oder Streiks haben unsre Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung oder Erstattung des entsprechenden Entgelts

Die deutsche Neutralität und die Alliierten

Genf, 30. Juli. (Eig. Drahtbericht.) Der „Matin" meldet am Donnerstag: Der französische Botschafter in Berlin ist zur Berichterstattung über die deutsche Neutralitätserklärung an die Alliierten aufgefordert worden. Es besteht bei keiner Macht, auch nicht bei Italien, die Absicht, diese Neutralität, die durch Dr. Simons Bolschewistenrede eine eigenartige Begründung erfahren hat, anzunehmen, und es sei somit mit einer gleichen Stellungnahme wie seinen die österreichische Neutralitätserklärung zu rechnen. — „Journal des Débats" teilt mit: Die Beratungen im Alliierten Rat über die deutsche Neutralitätserklärung stehen vor ihrem Abschluß. Das Schlußreferat hat Frankreich, das in dieser Neutralität einen für die guten Beziehungen der Entente zu Deutschland höchst gefährlichen Akt sieht, worüber dem deutschen Geschäftsträger in Paris kein Zweifel gelassen worden sei.

kg. Rotterdam, 30. Juli. (Eig. Drahtbericht.) „Daily Mail" meldet aus Paris: Die sehr unbefriedigte, weil mit einer demonstrativen Erklärung Dr. Simons abgegebene deutsche Neutralitätserklärung wird für die Alliierten nur Bedeutung haben, wenn es zu keinem Waffenstillstand kommt.

Die offizielle Erklärung in Warschau

Warschau, 30. Juli. (Eig. Drahtbericht.) Der deutsche Gesandte in Warschau hat im Auftrage des Deutschen Reiches die polnische Regierung offiziell von der Neutralitätserklärung Deutschlands im russisch-polnischen Krieg verständigt.

Deutschland als Ententestaat gegen Rußland?

* Basel, 30. Juli. In amtlichen englischen Kreisen zieht man aus der letzten Reichstagsrede des Außenministers Dr. Simons den Schluß, daß sich Deutschland im Falle einer Verletzung der Neutralität durch die Russen auf die Seite der Entente stellen werde. Kriegsminister Churchill befürwortet in einem Artikel der „Evening News" einen in diesem Sinne gehaltenen Vertrag mit Deutschland. Diese Anregung wird von den „Times" jedoch lebhaft bekämpft, die darin eine Ermutigung der Alliierten und den nahen Triumph des preußischen Militarismus erblicken. Man spricht in London davon, daß in Berlin bereits Verhandlungen zwischen der englischen Mission und den Generalen Ludendorff und v. Hoffmann stattfinden.

Der Weg über Danzig

+ Danzig, 30. Juli. (Eig. Drahtbericht.) Heute sind wieder 85 Ententeoffiziere über Danzig nach Warschau abgegangen. Vor dem Danziger Hafen liegen jetzt acht Ententeschiffe.

Die Ententetransporte in die Abstimmungsgebiete

Zu den zahlreichen, die Bevölkerung beunruhigenden Gerüchten über die Beförderung von Truppen und Kampfmaterial der Entente auf deutschen Eisenbahnen, die im Kriege Polens gegen Sowjetrußland verwandt werden sollen, erfährt Wolffs Tel.-Bur. von zuständiger Seite folgendes:

Es gehen regelmäßig Nachschübe und Abschübe zu und von den in den Abstimmungsgebieten Ostpreußens, Westpreußens und Oberschlesiens stationierten Besatzungstruppen. Diese Transporte laufen von Bischofsheim nach Sagan über die Strecke Frankfurt-Süd — Hanau-Ost — Flieden — Blankenheim — Gerstungen — Erfurt — Weißenfels — Leutzsch — Taucha — Eilenburg — Falkenberg — Kottbus — Sagan, und zwar in der Weise, daß an die regelmäßigen, am Sonntag, Dienstag, Donnerstag und Sonnabend verkehrenden Züge sowie an die Montag, Mittwoch und Freitag verkehrenden Kurierzüge einige Wagen mit Mannschaften und Material, darunter auch für die Schießübungen der Truppen erforderliche Munition, angehängt werden. Die Transporte gehen von Sagan weiter nach Oppeln für Oberschlesien über die Stationen Liegnitz — Maltsch — Mochbern — Breslau — Carlsmarkt, während von den am Sonntag und Donnerstag verkehrenden Zügen eine Wagengruppe für West- und Ostpreußen nach Deutsch-Eylau abgezweigt wird. Entsprechend verkehren regelmäßig Rückzüge über dieselben Strecken. Diese Transporte dienen lediglich dem Zweck, die Besatzungstruppen abzulösen und mit Material zu versehen und werden daraufhin von den zuständigen deutschen Stellen regelmäßig kontrolliert.

Die Bevölkerung der Ortschaften, die diese regelmäßigen Transporte passieren, kann nicht nachdrücklich genug gewarnt werden, sich von irgendwelchen alarmierenden Gerüchten über den Charakter dieser Transporte beunruhigen oder sich gar zu einer unbesonnenen Haltung ihnen gegenüber verleiten zu lassen. Diese Transporte erfolgen durchaus in Uebereinstimmung mit der Ausführung des Friedensvertrages hinsichtlich der östlichen Abstimmungsgebiete, und zwar bereits seit Monaten, stehen in keiner Beziehung zu den polnisch-russischen Kriegshandlungen und können daher nicht im geringsten die von der deutschen Regierung erklärte Neutralität beeinträchtigen.

Die Verhandlungen mit den Randstaaten

Wie die litauische Telegr.-Agentur aus Kowno meldet, ist Joffe mit der Antwort der russischen Regierung auf die Note des litauischen Ministers des Aeußern von Moskau nach Riga zurückgekehrt. Die Verhandlungen sollen unverzüglich beginnen. Die lettische Regierung machte der litauischen den Vorschlag, Verhandlungen zwischen beiden Staaten über den Grenzverkehr und militärische Fragen einzuleiten. Die litauische Regierung nahm den Vorschlag an und bestimmte ihren Vertreter. Das Kabinett beschloß, die lettische Regierung zu ersuchen, ihren Vertreter zu diesen Verhandlungen nach Kowno zu entsenden.

Der Vormarsch auf Warschau

Genf, 30. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Havas meldet: Ein Moskauer Funkspruch zeigt den begonnenen Vormarsch der Roten Armee auf Warschau an.

Basel, 30. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Die „Nat.-Ztg." meldet aus Warschau: Lärmende Kundgebungen vor den Ententegesandtschaften fanden hier statt. Die abermalige Räumung von Brest-Litowsk ist amtlich noch nicht zugegeben worden. Das Hauptquartier ist jedoch nach Sjedlez bereits zurückverlegt.

Die russischen Vortruppen an der deutschen Grenze

K. Königsberg, 30. Juli. (Eig. Drahtbericht.) Vom gestrigen Tage wird aus Allenstein gemeldet: In Crajewo, südlich von Luck, sind am Donnerstag mittag Vortruppen der Roten Armee erschienen. Die Polen ziehen sich südöstlich vom ostpreußischen Grenzgebiet auf das Vorgelände von Olrolenka zurück.

* Berlin, 30. Juli. Nach der „Deutsch. Allgem. Ztg." ist der Nordflügel der polnischen Front auf die Linie Krasewo—Olsowiec—Kamenz—Witowsk—Kobryn zurückgegangen. Byalistok war am Mittwoch noch in polnischen Händen. In Grodno soll eine litauische Kommandantur errichtet worden sein.

Der „Lokalanz." erfährt von militärischer Seite: Starke russische Kavalleriemassen stehen in dem früheren Gouvernement Suwalki. Die Taktik der Russen besteht darin, mit diesen gewaltigen Kavalleriemassen durchzubrechen, im Rücken der Polen alsdann Straßen und Eisenbahnen zu besetzen und so die ganze polnische Front ins Wanken zu bringen.

Waffenstillstand von Sonntag an?

Kg. Rotterdam, 30. Juli. (Eig. Drahtbericht.) „Daily Mail" meldet aus Paris: Der Waffenstillstand Rußlands mit Polen tritt am Sonntag früh spätestens in Kraft. Bis dahin muß der russische Vormarsch eingestellt sein.

Die Einladung zur Londoner Konferenz

Im Unterhause sagte Lloyd George zur russischen Frage, die englische Regierung stimme mit den Ansichten der italienischen überein. Die Alliierten hätten sich über den Wortlaut der Antwort restlos geeinigt. In der Antwortnote an Rußland heißt es: „Die englische Regierung schlägt unter der Voraussetzung, daß der Abschluß eines Waffenstillstandes zwischen Sowjet-Rußland und Polen bevorsteht, allen Alliierten vor, an einer in London abzuhaltenden Konferenz teilzunehmen, auf der auch die Sowjetregierung vertreten sein wird."

Zur Entscheidung über Teschen

w. Prag, 30. Juli. (Eig. Drahtbericht.) Die „Frankfurter Zeitung" meldet: Eine amtliche Depesche aus Paris gibt die Entscheidung des tschechischen Streites durch die Botschafterkonferenz bekannt. Sie deckt sich vollkommen mit der bereits bekannten Meldung, nach der das strittige Gebiet räumlich annähernd halbiert werden sollte. Die Tschecho-Slowakei erhält die weitaus wertvolleren Gruben, vor allem das Karwiner und das Jablunkauer Revier, während Polen die Stadt Teschen mit Ausnahme ihres Bahnhofes und die Ostteile des Gebietes mit mehr als 50 000 dort lebenden Deutschen zugesprochen bekommt. Bei allen Beteiligten erregt diese Entscheidung schärfsten Widerspruch. Die Stellung des Außenministers Dr. Benesch ist schwer erschüttert und man spricht davon, daß er in kurzer Zeit durch den jetzigen tschecho-slowakischen Gesandten in Paris, Osusky, ersetzt werden soll.

Die Briefzensur nach der Tschecho-Slowakei

+ Berlin, 30. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Dr. Philipp, Dr. Barth-Chemnitz, Domsch, Dr. Reichert und Biener haben folgende Anfrage an den Reichstag eingebracht: Gemäß der Verordnung vom 5. November 1918 (Reichsgesetzblatt Seite 1324) können Briefe aus dem Auslande und in das Ausland geöffnet werden. Auf Grund dieser Verordnung wird noch eine weitgehende Briefzensur z. B. an der tschecho-slowakischen Grenze ausgeübt, die zur Zeit des Erlasses der Verordnung mit Rücksicht auf die jetzige politische Lage vielleicht berechtigt, aber jetzt vielleicht entbehrlich erscheint. Ist die Reichsregierung bereit, die erwähnte Verordnung aufzuheben oder im Falle der Nichtaufhebung dahin zu wirken, daß die Briefzensur auf die der Staatsgefährlichkeit verdächtigen Personen beschränkt wird?

Internationaler Sozialistenkongreß in Genf

Paris, 30. Juli. (Eig. Drahtbericht.) Am Sonnabend wird in Genf der internationale Sozialistenkongreß eröffnet. Sämtliche Untergruppen der sozialistischen Parteien, einschließlich der Bolschewisten, sind eingeladen. Die Bolschewisten haben die Einladung aber abgelehnt, so daß Rußland durch die Sozialrevolutionäre und die Sozialdemokraten, beide Gegner der Bolschewisten, vertreten sein wird.

Bela Kun setzt seine Reise fort

Am 20. Juli war, wie gemeldet, der Transport kriegsgefangener Russen, bei dem sich zwei politische Persönlichkeiten, darunter Bela Kun, befanden, in Stettin angehalten worden. Am 22. Juli hat der ungarische Vertreter in Berlin angekündigt, daß die ungarische Regierung einen Antrag auf Auslieferung Bela Kuns stellen werde. Seitdem ist eine Woche verflossen, ohne daß der Antrag bei der deutschen Regierung eingegangen wäre, wie das Wolff-Bureau halbamtlich meldet. Da es nicht angängig erschien, den vorläufig in Haft genommenen Personen ohne rechtliche Grundlage weiter die Freiheit vorzuenthalten, hat die deutsche Regierung beschlossen, die Abreise Bela Kuns und seiner Begleiter in das von ihnen selbst gewählte Ausland nicht länger zu verhindern.

Ablieferung unter Drohung

* London, 30. Juli. („Tägl. Rundsch.") Nach den „Times" sind die deutschen Kohlenlieferungen an die Entente nach dem Abkommen von Spa ab 1. August zu leisten. Laut des Beschlusses des alliierten Rates bleibt die Mobilisierung der für das Ruhrgebiet bestimmten Truppenteile bis zum 31. August in Kraft, um die erste monatliche Lieferung Deutschlands abzuwarten.

Frankreichs Referat in Genf

kg. Rotterdam, 30. Juli. (Eig. Drahtbericht.) Die „Times" erfahren über die letzte Zusammenkunft in Boulogne, daß Lloyd George dem Vorschlag Millerands zugestimmt hat, wonach Frankreich das Referat in der Wiedergutmachungsfrage in Genf führt und infolgedessen von sich aus die Tagesordnung der Genfer Konferenz bestimmen wird.

Die deutschen Wiedergutmachungsforderungen

B. Berlin, 30. Juli. (Eig. Drahtbericht.) Im Reichskabinett finden seit Tagen Beratungen statt über die Anträge Deutschlands über die Wiedergutmachung in Genf. Im Auftrage der Reichsregierung wird vom preußischen Ministerium des Innern ein ausführlicher Bericht fertiggestellt, über die Schäden, die in Ostpreußen durch Rußland, das 1914 Ententemacht war, verursacht worden sind und deren Höhe mehrere Milliarden beträgt.

Kaltstellung des Sondergesandten

B. Berlin, 30. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Die bayrische Staatsregierung teilte gestern der Reichsregierung offiziell mit, daß sie die Bayern betreffenden Fragen politischer und wirtschaftlicher Natur mit Frankreich nicht durch den französischen Gesandten in München, sondern nur durch die Reichsregierung behandeln wird. Die Stellungnahme der bayrischen Regierung ist auf einen Beschluß des bayrischen Gesamtkabinetts zurückzuführen.

Abtrünnige Pfälzer?

Paris, 30. Juli. (Eig. Drahtbericht.) Dem „Matin" zufolge hat im April 1919 eine Abordnung von Pfälzern dem General Girard eine Bittschrift überreicht, die die Bildung eines unabhängigen Staates unter dem Protektorat Frankreichs bezweckte. Der „Matin" hat General Girard darüber um Auskunft gebeten und folgende Mitteilung erhalten: Es ist Tatsache, daß ich Mitte April 1919 eine Bittschrift erhalten habe, von 15 Herren der Pfalz unterzeichnet, die 220 000 Wähler vertraten. In diesem Schreiben wurde die französische Regierung gebeten, die Unabhängigkeit der Pfalz mit einer republikanischen Regierung zu begünstigen. Ich habe diese Bittschrift dem General Foch zugestellt und ich glaube zu wissen, daß dieser sie selbst Herrn Clemenceau übergeben hat.

Forderungen der rheinischen Landwirte

ITA. Bonn, 30. Juli. (Eig. Drahtbericht.) In der gestern tagenden außerordentlichen Hauptversammlung der Landwirtschaftskammer für die Rheinprovinz wurde folgende Entschließung angenommen:

„Die durch Verordnung vom 14. Juni 1920 festgesetzten Getreidepreise sind für die Rheinprovinz durchaus ungenügend und haben große Beunruhigung in bäuerlichen Kreisen unsrer Provinz hervorgerufen, weil sie die Erzeugung nicht decken. Die Landwirtschaftskammer muß deshalb weitere Verantwortung ablehnen, wenn nicht folgenden Anträgen entsprochen wird:

1. Weiterzahlung der Frühdruschprämie bis 31. Dezember 1920, damit auch die kleinbäuerlichen Betriebe in ihren Genuß gelangen. 2. Erhöhung der Höchstpreise für zwangsbewirtschaftete Getreidearten um 15 Prozent. 3. Freigabe von Gerste und Hafer zur Verfütterung im eigenen landwirtschaftlichen Betrieb zur Fleisch- und Milcherzeugung für unsre Bevölkerung."

Die Kosten der Besetzung

Das Wolff-Bureau meldet: Im Hauptausschuß des Reichstages teilte beim Titel „Vermögensverwaltung für die besetzten rheinischen Gebiete" Abg. Stücklen (Soz.) als Referent mit, daß dort 150 000 Mann fremder Truppen sich befänden, dazu etwa 94 Delegierte der Rheinlandskommission mit ihrem Troß, deren Kosten das Reich bezahlen müsse. Dazu kämen die für den Hohen Ausschuß eingesetzten Kosten von 20 Millionen Mark. Bis Ende April d. J. seien bezahlt worden 1783 Millionen Mark in bar, außerdem in unmittelbaren Leistungen 1565 Millionen Mark, insgesamt 3348 Millionen Mark. Die Ansprüche der fremden Offiziere an Wohnungen und deren Ausstattung seien außerordentlich hoch. Ein Delegierter der Rheinlandskommission habe eine Zehnzimmerwohnung und zu deren Ausstattung 28 000 M. verlangt, während dessen Gemahlin noch weitere Forderungen gestellt habe. So müsse das Reich an den finanziellen Ruin gebracht werden. Reichsminister v. Raumer betonte zu diesen Ausführungen, daß in der Tat die Frage aufgeworfen werden müsse, wie Deutschland die Reparationskosten tragen solle, wenn für die Besatzung der besetzten Gebiete eine so unberechenbar hohe Summe ausgegeben werden müsse. Eine Verringerung der Truppen würde die Lasten abzumildern geeignet sein.

Die Gefangenen von Avignon

+ Berlin, 30. Juli. (Eig. Drahtbericht.) Der unabhängige Abg. Lipinski hat folgende kleine Anfrage eingebracht: Im Kriegsgefangenenlager Avignon werden noch gegen 400 Kriegsgefangene festgehalten, die wegen Disziplinarvergehen zu mehrjähriger Zwangsarbeit verurteilt worden sind und bei denen die Gefahr besteht, daß sie seelisch und körperlich zugrunde gehen. Was gedenkt die Reichsregierung zu tun, um die Befreiung dieser Kriegsgefangenen zu erreichen oder ihr Schicksal wenigstens zu erleichtern?

Die Rote Armee und die Republik Pirna

Eine Unterredung mit Minister Heldt

Die in den Tagen des Reichstagswahlkampfes vielgeübte Methode, die extremen politischen Parteien der Putschpläne zu bezichtigen, hat in den letzten Tagen eine neue Belebung erfahren. Gleichzeitig tauchten, gespeist aus einer geheimnisvollen Quelle, an verschiedenen Stellen in Deutschland Gerüchte über die Bildung Roter Armeen auf, so unter anderm auch in Sachsen. Durch die Gleichzeitigkeit, mit der diese Nachrichten von verschiedenen Punkten eintrafen, bestimmt, gaben auch wir im Interesse der Allgemeinheit eine Mitteilung wieder, die sich mit der besonderen Lage in Sachsen befaßte. Der Bericht erschien glaubwürdig, da er mit genauen Zahlen operierte und da sein Uebermittler für die Zuverlässigkeit der Quelle bürgte. Trotzdem scheint, wie aus der folgenden Unterredung und aus der Erklärung zu der Magdeburger Angelegenheit, die unten folgt, hervorgeht, unser sonst sehr zuverlässiger Mitarbeiter das Opfer einer Täuschung oder mindestens einer stark tendenziösen Aufbauschung einer weit harmloseren Angelegenheit geworden zu sein:

Einer unsrer Mitarbeiter hatte gestern Gelegenheit, mit dem Arbeitsminister Heldt über die Angelegenheit zu sprechen. Der Minister erklärte von vornherein, daß er nicht an die Richtigkeit der in der Presse erschienenen Nachrichten glauben könne. Er stellte es gewiß nicht in Abrede, daß da und dort ein paar Leute gemeinschaftlich exerzieren und sich in sonstigem militärischen Dingen üben. „Aber", so sagte der Minister wörtlich, „nach den Erfahrungen, die wir bei und nach dem Kapp-Putsch gemacht haben, kann immer wieder darauf hingewiesen werden, daß es sich bei all diesen Gelegenheiten niemals um eine organisierte Armee, sondern um eine zusammengelaufene, irregeleitete Masse von Unzufriedenen und lichtscheuen Elementen gehandelt hat, die schließlich sogar ihren Führern über den Kopf gewachsen ist. Man weiß so, daß die Leipziger Leute auch ihren Führer, den letzten Volkskammerpräsidenten Lipinski, mit dem Tode bedroht haben. Wenn sich im Anschluß an die damalige Erhebung hie und da Gruppen gebildet haben, die sich mit militärtechnischen Dingen beschäftigten, so kann die Tatsache festgestellt werden, daß all diese militärischen Uebungen schließlich über kurz oder lang in eine Spielerei ausarteten. Es fehlen diesen Unternehmungen die festen Grundlagen, auf denen sie sich aufbauen können. Ein paar Uebungen machen noch lange kein diszipliniertes Heer, was jederzeit zum Losschlagen fähig ist.

Wie oft schon sind von seiten der Regierung sehr genaue Untersuchungen auf Grund ähnlicher Meldungen eingeleitet worden, aber immer wieder hat sich jede Nachricht als stark übertrieben herausgestellt. Was in dem neuesten Bericht über Dresden gesagt wird, ist ganz bestimmt stark übertrieben, und was über Chemnitz gesagt wird, das ist direkter Unsinn. 85 Prozent des dortigen Einwohnerschutzes bestehen aus Mehrheitssozialisten, und der Führer des Schutzes ist ebenfalls ein seit Jahren bekannter und bewährter Mehrheitssozialist. Es kann also gar keine Rede davon sein, daß dort die „Rote Armee" so viel Anhänger haben könnte. Auch was von Magdeburg in dem Bericht erzählt wird, ist so unwahrscheinlich wie nur möglich. Glauben Sie wirklich, daß man dort Hilferding, der wegen seiner Haltung bei der U. S. P. sowieso auf dem Aussterbeetat steht, beauftragen werde, nach Memel zu gehen? Glauben Sie wirklich, daß sich das Crispien, der Vorsitzende der U. S. P., gefallen lassen würde? Nein, nein, die Dinge liegen denn doch etwas anders!

Auf die Frage unsres Mitarbeiters, ob es nicht doch noch Gegenden, besonders in Sachsen, gäbe, in denen die Tätigkeit für die Rote Armee größerer Sympathie begegne, antwortete der Minister: „Gewiß, es wird immer Leute geben, die voller Phantasien sind und andre Menschen für ihre Ideen zu gewinnen versuchen werden, aber zu ernsten Besorgnissen dürfte dieses Treiben — wenigstens in unsern Tagen — kaum einen Anlaß bieten. Unser ganzes Staatsleben ist jetzt so weit gekräftigt, daß alle etwaigen Versuche sehr schnell im Keime erstickt werden würden. Hätten Sie diese Frage vor Jahresfrist an mich gerichtet, dann hätte ich Ihnen nicht so zuversichtlich antworten können. Wenn ich da z. B. an Pirna zurückdenke, dann muß ich jetzt zugeben, daß bei einem Haare hier in Dresden vieles hätte anders werden können."

Und nun erzählte der Minister allerhand Einzelheiten über die Vorgänge in Pirna aus dem März 1919, die in ihren Zusammenhängen der Oeffentlichkeit noch gar nicht bekannt sind, aber doch als ein Stück der sächsischen Revolutionszeit volles Interesse verdienen.

In Pirna hat sich damals unter dem Vorsitz der beiden Kommunisten Kimmich und Rostek ein „Exekutivausschuß des Arbeiter- und Soldatenrats zu Pirna" gebildet, der die sächsische Regierung nicht anerkannte und sich, wie der Minister an der Hand eines Aktenstückes zeigte, „in seinen Entschlüssen für frei" erklärte. Man kann also tatsächlich von einer „Republik Pirna" sprechen, die freilich nicht sehr lange bestanden hat. Der Ausschuß gab ein sehr genau ausgearbeitetes Programm heraus, das durchaus der Landes- resp. Reichsverfassung zuwiderlief. Aus den Betriebsräten sollten die Bezirksräte gewählt werden, die an die Stelle der Amtshauptmannschaften treten sollten. Aus den Bezirksräten sollten die Kreisräte an die Stelle der Kreishauptmannschaften treten und aus den Kreisräten sollte der Landesrat, dem die Regierung des Landes oblag, gewählt werden. Darüber hinaus waren Reichsräte geplant, die im Zentralrat die höchste Stelle der Verwaltung des Deutschen Reiches sinden sollten.

Schon die Wahlen zu den Betriebsräten gaben den Anlaß zum Konflikt mit der Dresdner Regierung. Es

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id490223001-19200731/1